



# MITTAGSPOST



30.11. Ausgabe 15/2017

## Aus der Fraktion

**A**m Montag haben wir SPD-Bundestagsabgeordnete uns zu einer erneuten Fraktionssitzung getroffen, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen. Wir wollen konstruktiv in die anstehenden Gespräche mit CDU/CSU gehen. Die Glyphosat-Abstimmung in Brüssel trägt allerdings nicht zur guten Stimmung bei. Das wurde auch bei den zahlreiche Redebeiträge meiner Fraktionskollegen klar.

**S**igmar Gabriel betonte, dass wir mit mehr Selbstbewusstsein in die Zukunft blicken und unsere Erfolge besser ins Schaufenster stellen sollten. Martin Schulz berichtete von seiner turbulenten Woche und dem Gespräch mit Bundespräsident Steinmeier. Bezüglich einer Tolerierung einer Minderheitsregierung stellt sich die Frage, warum wir das tun sollten, da die anderen ihre Anliegen umsetzen können, wir allerdings kaum Einflussmöglichkeiten haben und über keine Ministerien verfügen würden. Eine Neuwahl will er nach Möglichkeit verhindern.

**A**m Donnerstag und Freitag werden Gespräche mit Bundespräsident Steinmeier und den Partei- und Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU/CSU stattfinden. Hier wollen wir realistisch erörtern, was überhaupt machbar ist. Auch wollen wir „liegengelassene The-

men“, wie beispielsweise das Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit und die Solidarrente, anbringen. Die Union wird uns entgegenkommen müssen, wenn wir zusammenarbeiten wollen. Zeitlich haben wir keinen Druck, sodass wir nicht nur innerhalb der SPD alle Möglichkeiten diskutieren, sondern uns auch mit Bürgern, Vereinen und Verbänden austauschen können.

**D**ie Neuausrichtung der SPD und die Aufarbeitung des Wahlergebnisses finden selbstverständlich trotzdem statt, weil sie dringend notwendig sind.

### Wie wird der Kanzler gewählt?

**B**eim ersten Wahlgang benötigt der Kandidat die absolute Mehrheit, in dieser Wahlperiode also 355 Stimmen. Falls der Kandidat durchfällt, geht das Vorschlagsrecht auf den Bundestag über. Wieder benötigt der Kandidat die absolute Mehrheit. Sollte auch dies scheitern, wären wir beim letzten Wahlgang angekommen: Hier ist der Kandidat zum Bundeskanzler gewählt, der die relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann. Diesen kann der Bundespräsident zum Kanzler ernennen. Bislang wurden die Kanzler immer im ersten Wahlgang gewählt.

## Bundeswehrangehörige

Rund 4.000 können das Weihnachtsfest nicht mit ihrer Familie feiern. Deshalb habe ich am Rande der Fraktionssitzung an der Aktion „Gelbes Band“ teilgenommen. Der Deutsche Bundeswehrverband und die OASE-Einsatzbetreuung übermitteln die Weihnachtswünsche der Bundestagsabgeordneten. Rund 200 Soldaten des Logistikbataillons aus Delmenhorst sind derzeit in Mali, Nordirak, im Kosovo und bald auch in Afghanistan.



## Lebendtiertransporte

Am 21. November 2017 wurde in der vom ZDF ausgestrahlten TV-Dokumentation [„Geheimsache Tiertransporte“](#) eindringlich gezeigt, dass bei Transporten von Schlachttieren in außereuropäische Anrainerstaaten des Mittelmeeres elementare Standards des Tierschutzes nicht eingehalten werden. Diese Missstände sind schon seit vielen Jahren bekannt, ohne dass sich Veränderungen zum Besseren erkennen lassen. Und dies findet weiterhin statt, obwohl der Europäische Gerichtshof bereits 2015 in einem Urteil bekräftigt, dass die europäischen Tierschutzstandards bis zum Bestimmungsort eingehalten werden müssen. Die im Rahmen der TV-Dokumentation gezeigten Bedingungen bei Lebendtiertransporten widersprechen in grausamer Art und Weise jeglicher Vorstellung eines artgerechten Umgangs mit Tieren. Das können wir

nicht mehr tolerieren.

Unsere Verantwortung für das Wohl der Tiere darf nicht an den europäischen Außengrenzen enden. Deshalb habe ich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) erneut aufgefordert, die Ausfuhr von Schlachttieren aus Deutschland in die Länder zu verbieten, in denen der Tierschutz nicht gewährleistet ist.

## Glyphosat

Landwirtschaftsminister Schmidt hat mit seiner Zustimmung für die Zulassung des umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat einen handfesten Skandal produziert. Da die Chemikalie im Verdacht steht, krebserregend zu sein und nachgewiesenermaßen negative Auswirkungen auf Artenvielfalt und Biodiversität hat, verweigerte das SPD-geführte Umweltministeriums immer die Zustimmung für eine Verlängerung. So hat sich Deutschland im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel stets enthalten.

Trotz dieser klaren Lage hat der Minister seine Beamten in Brüssel für eine Zulassung stimmen lassen. Dieser Alleingang war ein schwerer Vertrauensbruch und belastet unnötig die kommenden Gespräche zwischen uns und der Union. Zu ändern ist die Wiederzulassung von Glyphosat in der EU leider nicht mehr. Deshalb müssen wir prüfen, ob wir Glyphosat auf nationaler Ebene verbieten können. Das muss meiner Meinung nach Bestandteil etwaiger Sondierungsgespräche sein.